



Katja Keul

Mitglied des Deutschen Bundestages
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Bericht über die OSZE Wahlbeobachtung in den USA 2020



2020 als OSZE-Wahlbeobachterin in den USA

OSZE- Wahlbeobachtung USA

(01.11. - 04.11.2020)

Vorbemerkung

Am 04. März 2020 hat der US-Botschafter bei der OSZE offiziell zur Wahlbeobachtung eingeladen. Trotz anfänglicher Bedenken hat auch das Präsidium des Bundestages eine Ausnahmegenehmigung für die Dienstreisen erteilt. Auch das Auswärtige Amt hat sich für die Teilnahme der Bundestagsabgeordneten an der Wahlbeobachtung eingesetzt. Hier sei allen an dieser Stelle gedankt. Die Wertschätzung, die uns von amerikanischer Seite entgegengebracht wurde, belegt, dass es die richtige Entscheidung war, die OSZE bei dieser historischen Wahl auch von deutscher Seite zu unterstützen.

Dennoch war die Mission pandemiebedingt auf ein Minimum zusammengeschrumpft. Statt 100 Langzeitbeobachter*innen sind es diesmal nur 30 (davon 9 Deutsche) und statt 400 Kurzzeitbeobachter*innen nur 40. Dabei handelt es sich ausschließlich um Parlamentarier, weil andere Kurzzeitbeobachter nicht entsandt werden konnten.

Am 03.11. wurden in den USA alle 435 Repräsentanten im Kongress, sowie 1/3 des Senats (35 Sitze) und die 538 Wahlmänner des „electorats“ für die Präsidentenwahl gewählt. (Die letzte Zahl ergibt sich aus der Summe der ersten beiden, sowie 3 weiteren Sitzen für Washington DC, deren Bürger im Kongress aus unerfindlichen Gründen nicht repräsentiert sind und auch für den Kongress nicht wählen dürften, was sie seit Jahrzehnten kritisieren.)

30. Oktober – erster Eindruck

Die Einreiseformalitäten in Washington laufen schneller denn je. Minuten nach der Landung sind wir schon durch und werden von Andreas Baker, einem Langzeitbeobachter des Sekretariats der OSZE PV, abgeholt.

Er hat bereits viele Gespräche in unterschiedlichen Staaten geführt, u.a. in Michigan, wo ich die Wahl beobachten werde. Er ist auch dafür zuständig, dass die OSZE PV zwischen den Wahlen den Kontakt zu den Wahlverantwortlichen aufrechterhält. Aufgrund der unterschiedlichen Zuständigkeit ist das eine große Herausforderung. In der Regel sind die Innenminister der Einzelstaaten und ihre „Innenministerkonferenz“ (Association of secretaries of state) zuständig.

In Michigan habe man ihm auf seine Frage, was sie derzeit am meisten umtreibt, die Antwort bekommen: guns! Gerade erst wurde dort eine Verordnung erlassen, dass keine Schusswaffen im Umkreis von 100 Feet (30 Metern) zum Wahllokal erlaubt sind. Die Sorge vor Ausschreitungen beschränkt sich nicht auf Michigan und ist überall zu spüren. Schon auf dem Weg zum Hotel sehen wir, wie die Geschäfte in der Innenstadt ihre Schaufenster mit Holzplatten verschrauben. Es sieht aus wie vor einem Hurrikan.

Austausch und Berichte der Langzeitbeobachter (31. Oktober)

Insgesamt haben bei unserer Ankunft bereits 90 Mio. Wähler*innen ihre Stimme abgegeben, was ein absoluter Rekord ist. Republikaner wollen aber eher persönlich wählen als Demokraten, zumal Trump die Briefwahl seit Monaten diskreditiert und davon abrät. 58 % der Demokraten bevorzugen Briefwahl – 80 % der Republikaner bevorzugen „voting in person.“ Es ist damit schon im Vorfeld absehbar, dass mehr demokratische Stimmen später gezählt werden würden als republikanische Stimmen. Den OSZE Langzeitbeobachtern wurde nirgends von Problemen mit der Briefwahl berichtet. Anhaltspunkte für Manipulationen gab es auch im Vorfeld nicht.

Trotzdem sind die Menschen zutiefst verunsichert, was einmal daran liegt, dass der Präsident und seine Mitstreiter die Briefwahl kritisieren und daran, dass es noch nie so viele kurzfristige Änderungen des Wahlrechts gegeben hat. Etwa 1/3 von 420 Klageverfahren sind im Hinblick auf das Wahlverfahren landesweit noch anhängig. Das Wahlverfahren ist erstmals selbst eines der größten Themen im Wahlkampf.

Die vielen Rechtsänderungen sind diesmal vor allem durch die Pandemie begründet. Die Verantwortlichen in den Staaten wollten sicherstellen, dass auch in der Pandemie alle wählen können. Dafür wurden u.a. Briefwahlen erleichtert, Fristen verlängert etc. Die Leiterin der Langzeitbeobachtung Ursula Gacek bringt es auf den Punkt mit dem einleitenden Satz: „It’s an election about an election“.

Dabei gibt es bekanntlich in den USA nicht ein Wahlrecht, sondern etwa 9.000 - 10.000 Wahlrechtssysteme, da die nationale Ebene die Verantwortung weitgehend bei den Staaten belassen hat und diese wiederum die Verantwortlichkeit auf die einzelnen Landkreise (Counties) delegiert haben.

Nach wie vor sind die 600.000 Einwohner in Washington DC nicht berechtigt an den Kongresswahlen teilzunehmen.

Über 5 Millionen Menschen sind von den Wahlen insgesamt ausgeschlossen, weil sie vorbestraft sind. Davon etwa die Hälfte (2,23 Mio.), die ihre Strafe bereits verbüßt haben. Davon wiederum leben allein 1,4 Millionen in Florida.

Dort gab es 2018 eine Kampagne und eine Abstimmung zeitgleich mit den Midtermelection. Mit 64 % Zustimmung wurde dieser **lebenslange Ausschluss** vom Wahlrecht gekippt. Auf einen Schlag gab es damit 1,4 Mio. weitere Wahlberechtigte. Leider hat das höchste Gericht in Florida im September 2020 entschieden, dass das Wahlrecht nur denjenigen zustehen könne, die auch sämtliche Strafgebühren und Gebühren bezahlt hätten. Wer nicht zahlen kann, dürfe auch nicht wählen. Nach Schätzung betrifft dies etwa die Hälfte der 1,4 Millionen Vorbestraften.

Auch psychisch kranken Menschen kann nach wie vor in den meisten Staaten das Wahlrecht entzogen werden.

Die Kosten der Wahldurchführung (**election administration**) werden eigentlich durch den Nationalstaat finanziert, aus dem sogenannten HAVA (HelpAmericaVoteAct), der wegen Corona noch um 400 Mio. Dollar aufgestockt worden ist. Da auch diese Summe nicht ausreichte, wurden diesmal zusätzlich private Mittel eingesammelt. Der mit Abstand größte Posten wurde von Mark Zuckerberg übernommen. Auch für die USA ist das eher ungewöhnlich, dass eine Privatperson, die Durchführung der Wahlen finanziert. Es sei aber jedenfalls nicht illegal, auch wenn man sich wünsche, dass das in Zukunft anders läuft.

Für Kandidaten andere Parteien (**third parties**) ist es nach wie vor sehr schwierig in allen 50 Staaten die unterschiedlichen Voraussetzungen zu erfüllen, um auf die Wahlzettel zu kommen. Die OSZE hatte hier bereits Vorschläge gemacht, um die Zahl der notwendigen Unterschriften auf einen bestimmten Prozentsatz der Wahlberechtigten zu beschränken. 2016 hatte es Jill Stein für die Grünen noch in allen 50 Staaten auf die Stimmzettel geschafft – diesmal haben es die Kandidaten Howie Hawkins und Angela Walker nur in 21 Staaten geschafft. (Der zugeschaltete grüne CoVorsitzende Dr. Bahram Zandi erklärt, es seien in den USA etwa 60.000 Wähler*innen als Grüne registriert worden)

Fortschritte hat es teilweise bei der **Registrierung** gegeben. So haben jetzt 20 Staaten die „automatic voter registration“ eingeführt. Wer sich nicht aktiv austragen lässt (opt out) ist registriert und kann wählen.

In den anderen Staaten werden immer noch häufig Wähler*innen ohne ihr Wissen bzw. Wollen von den Listen gestrichen, wenn sie sich nicht aktiv zurückmelden. Das Brennan Center for Justice schätzt, dass zwischen 2016 und 2018 mehr als 17 Millionen Wähler*innen aus den Listen gestrichen wurden. Allein in Georgia wurden im Juli 2017 eine halbe Millionen Wähler*innen gestrichen. Davon über 100.000, weil sie auf einen Brief nicht reagierten, indem sie ihre Adresse bestätigen sollten oder weil sie an vergangenen Wahlen nicht teilgenommen hatten („use it or lose it“-policy). Die Betroffenen können sich dann zwar wieder neu registrieren lassen – allerdings müssen sie erstmal registrieren, dass sie nicht registriert sind und aufgrund der teilweise geltenden Fristen ist es dann am Wahltag zu spät, so dass sie nicht wählen können.

In Florida habe ich 2016 solche Fälle der Zurückweisung beobachten können. In Michigan kann man sich aber auch noch am Wahltag registrieren lassen. Dennoch ist die Registrierungspflicht eine kritikwürdige Hürde für die Ausübung des Wahlrechts.

Umstritten ist nach wie vor die **Ausweispflicht**. Da es in den USA keine Personalausweise gibt, ist zu befürchten, dass gerade Menschen aus ärmeren Schichten, die keine Kreditkarte oder keinen Führerschein haben, so von den Wahlen abgehalten werden. In Michigan ist es auch möglich ohne Ausweis zu wählen und stattdessen eine eidesstattliche Erklärung zu unterzeichnen.

Wahlkreise werden eigentlich alle 10 Jahre festgelegt, wenn beim Zensus die Einwohner festgestellt werden (**redistriction**). Aber auch in den letzten Jahren wurden immer wieder Wahlkreisgrenzen durch Parteivertreter so verändert, dass es ihrer eigenen Partei nützt, wogegen dann regelmäßig die andere Partei klagt. In Pennsylvania hat der Supreme Court der Klage der Demokraten stattgegeben und einen neuen Wahlkreischnitt angeordnet. Die Klage gegen diesen neuen Wahlkreischnitt wurde vom US Supreme Court zurückgewiesen. In anderen Fällen allerdings hat der Supreme Court entschieden, nicht zu entscheiden, weil der Wahlkreischnitt eine politische Entscheidung sei. 14 Staaten haben inzwischen unabhängige Kommissionen eingerichtet.

In den letzten Jahren kam es immer wieder vor, dass die verantwortlichen Wahlleiter vor Ort selbst für Positionen kandidieren, was gegen den **Hatch Act** von 1939 verstößt. Die **Kosten für die Wahlkampagnen** sind auf eine Rekordsumme von 14 Mrd. Dollar gestiegen, was einen Anstieg von 50 % zu 2016 ausmacht. Dabei ist auch die Zahl der Kleinspenden (bis 200 Dollar) gestiegen von 14 % auf 22%.

Die Ausgaben für digitale Werbung haben sich verdreifacht. Aber auch für TV-Werbung wurden 600 Mio. Dollar von Biden und 400 Mio. Dollar von Trump ausgegeben.

Nach geltender Rechtslage dürfen Individuen nur bis max. 2.800 Dollar spenden, wobei ab 200 Dollar umfangreiche Transparenzpflichten gelten. Deswegen wird auf sogenannte „Political Action Committees“ (PACs und SuperPacs) ausgewichen. Für diese Vereinigungen gelten strikte „non-coordination requirements“, wonach sie nicht mit den Kampagnen der Kandidaten zusammenarbeiten dürfen. Dieses Verbot wird aber in der Praxis nicht durchgesetzt. Dadurch wird praktisch jede Kontrolle umgangen und die Geldmengen explodieren förmlich.

Das Misstrauen der Amerikaner in die **Medien** ist weiter gestiegen – 2/3 trauen den Medien überhaupt nicht. Das Misstrauen ist bei den Republikanern höher als bei den Demokraten.

Facebook ist immer noch die mit Abstand wichtigste Informationsquelle unter den digitalen Medien.

Trotz der politischen Verpflichtung im Rahmen der OSZE lassen allenfalls die Hälfte der Staaten **internationale Wahlbeobachter** zu. In 17 Staaten ist dies ausdrücklich verboten, so inzwischen auch in Florida. North Carolina hat gerade erst unerwartet seine Bereitschaft zurückgezogen, so dass die Teams dort nun auf andere Staaten verteilt werden mussten.

Im Anschluss an den Bericht der Langzeitbeobachter erhalten wir ein **Sicherheitsbriefing**, das es in sich hat. Besonders die Zahlen zur Steigerung der allgemeinen Kriminalitätsrate seit Beginn der Pandemie lässt uns einigermaßen schockiert zurück. Raub, Mord und Totschlag hätten ein Allzeithoch und das gerade dort, wo die Zahlen ohnehin schon vor Corona bekanntlich hoch waren. Dazu kämen die bewaffneten Milizen, die man aber gut von Weitem an ihrem martialischen Auftreten erkennen könne. Die Polizei habe sich außerdem gut im ganzen Land vorbereitet. Es wird uns empfohlen, keine Selfies mit den „Proud Boys“ zu machen.

Externe Referenten

Erstmalig bei einem OSZE Briefing ist auch der **Advisor to the postmaster**, die Nummer 2 des US postal service mit dabei: Michael Elston. Wir bekommen ein paar beeindruckende Zahlen zur Größenordnung dieses Betriebes, der mit 630.000 Mitarbeitern der zweitgrößte zivile Arbeitgeber des Landes ist. Er stellt klar, dass der Postmaster kein politisches Amt hat und auch vom Präsidenten nicht entlassen werden kann. (Allerdings verschweigt er uns, dass das „board of governors“, das den Postmaster einstellt, von Trump ernannt wird und der aktuelle postmaster durch Großspenden an Trump selbst in Kritik geraten ist). Wenn es teilweise zu Verspätungen wegen Mitarbeiterausfällen gekommen sei, läge das an der Pandemie. Man habe erhebliche Anstrengungen unternommen, Briefwahlunterlagen prioritär zuzustellen und die Kapazitäten seit dem 01. Oktober durch Überstunden und Extratouren erhöht. Jeder könne seinen Brief außerdem vom Einwerfen in den Postkasten bis zur Zustellung elektronisch nachverfolgen.

Auch die meisten anderen Diskussionsteilnehmer*innen betonen, dass bislang alles vorbildlich laufe, und man sich gut vorbereitet habe. Es gäbe eine besonders hohe Motivation der Verantwortlichen vor Ort zu zeigen, dass die Wahlen sicher sind. Das größte Risiko sei die Beschädigung des Vertrauens der Wähler*innen durch die ständige Diffamierung des Verfahrens seitens der Trump Kampagnen. Selbst die Experten zur Cybersecurity betonen, dass seit 2016 große Fortschritte gemacht worden seien. Die Technik sei besser geworden.

Allein Hans von Spakorsky von der Heritage Foundation äußert Kritik an der Zunahme von Briefwahlen. Grundsätzlich sei die Briefwahl kein Problem – es gäbe sie schließlich seit dem Bürgerkrieg 1864 und inzwischen könnte auch in 2/3 der Staaten die Briefwahl ohne Grund beantragt werden. Es sei aber ein Problem, dass die Verantwortlichen die Menschen aktiv zur Briefwahl aufgerufen hätten, obwohl es auch in der Pandemie sicher sei, persönlich zu wählen. Die Hygienekonzepte in den Wahllokalen seien vorbildlich. Man habe die Menschen unnötig verunsichert. Wegen der erwarteten hohen Briefwahlbeteiligung habe man den Fehler gemacht, jetzt die Wahllokale massiv zu reduzieren, was wiederum zu langen Schlangen und Menschenansammlungen führen wird. Viele Menschen hätten außerdem die beantragten Wahlunterlagen nicht pünktlich bekommen und würden nun doch ins Wahllokal gehen.

Bei der Briefwahl würden die Menschen auch oft formale Fehler machen, die zur Unwirksamkeit ihrer Stimmabgabe führen können. Auch die unterschiedlichen Fristen würden die Menschen verwirren, so dass sie den Brief möglicherweise doch nicht rechtzeitig auf den Weg bringen. Bei Briefen, die nach dem Wahltag eingehen, sei unklar, ob sie noch gezählt werden können. Das hänge dann wieder vom Poststempel ab. Die Fehleranfälligkeit der Briefwahl sei schon von der New York Times vor 8 Jahren bei der Wahl untersucht und kritisiert worden. Daher der Appell: If you can, vote in person!

Interessanterweise plädiert ausgerechnet der IT-Spezialist Harry Hurstie in Bezug auf Cybersecurity für die Briefwahl, da Papier letztlich das sicherste Mittel sei im Vergleich zu jeder eingesetzten Wahlmaschine. Seit 2016 hätten die meisten Staaten wieder auf Papier umgestellt (wobei die Stimmzettel dann in der Regel eingescannt und automatisch gezählt werden). Nur noch wenige Staaten hätten eine rein maschinelle Stimmabgabe vorgesehen, bei der die Wähler*innen und Wähler*innen ihre Stimmabgabe optisch nicht zu sehen bekommen.

Ein Schlüsselsatz kommt von Erick Geller von Politico: Die Herausforderung besteht darin, die Probleme klar zu benennen, ohne die Wähler*innen zu demotivieren. Dabei ist das Vertrauen der Menschen in der Tat schon sehr beschädigt und der Frust groß. Sheila Krumholz und Michelle Lee erläutern uns warum die **Wahlkampffinanzierung** ein immer größeres Problem ist. Die seit 2013 zulässigen Super PACS sind formal unabhängig von den Kandidaten und unterliegen daher nicht den strengen Transparenzregeln wie die Individualspenden. Dabei sind die Verbindungen offensichtlich. Die Geldmengen werden immer größer und ihre Herkunft intransparenter. Viel Rede ist auch von sogenanntem „black money“, das zusätzlich noch in die Kampagnen fließt und in der Rekordsumme von 14 Mrd. nicht enthalten ist. Niemand kann sagen, ob diese Gelder aus legalen oder aus illegalen Quellen kommen, wie bspw. ausländischen Quellen. Nötig sei eine Strukturreform, die aber politisch nirgendwo in Sicht sei.

Auch die beiden Senatoren **Cardin (Dem) und Davis (Rep)**, die schon 2016 das Briefing der OSZE besucht hatten, kommen auf das Thema zu sprechen. Gerade Davis äußert sich sehr klar und empfiehlt allen Parlamentariern niemals die amerikanische Wahlkampffinanzierung bei sich einzuführen. Die beiden gehören zu der älteren Sorte von Abgeordneten, die noch interfraktionell zusammengearbeitet haben und sich sogar als Freunde bezeichnen. Die heutigen Zustände im Kongress nennt Davis unerträglich. Trump habe die republikanische Parteibasis verändert. Bürgerliche seien abgewandert und dafür mehr Niedrigverdiener hinzugekommen – „from country club to country“. Cardin betont, dass es sich um die wichtigste Wahl in seinem ganzen Leben handelt (most important election of his lifetime). Beide bedanken sich nochmals ausdrücklich dafür das die OSZE PV trotz der schwierigen Umstände zur Wahlbeobachtung gekommen sei.

Michigan

Anders als in Washington sind hier keine Schaufenster barrikadiert. Alles ist ruhig und friedlich. So gut wie keine Wahlwerbung ist in den Straßen zu sehen, was aber ohnehin nicht so üblich ist wie bei uns.

In Michigan (10 Mio. Einwohner) ist die Wahl im Jahr 2016 knapp ausgegangen mit nur 10.000 Stimmen Vorsprung von Trump (2,279 Mio. Stimmen zu 2,268 Mio.) Bei unserer Ankunft am Montag haben schon 2,5 Mio. Wähler*innen gewählt. Das sind 70 % der damaligen Gesamtwahlbeteiligung.

Neben der Präsidentschaftswahl war auch die Wahl um den Senatssitz umkämpft. Allein für diesen Wahlkampf wurde von beiden Kandidaten insgesamt 130 Mio. Dollar ausgegeben. Der Demokrat Gary Peters konnte sich am Ende gegen den Republikaner John James durchsetzen.

Unter den insgesamt 5 Kandidaten ist auch eine Grüne: Marcia Squier. Unsere Langzeitbeobachter hatten sogar mit ihr gesprochen. Sie hat keine Chance irgendwo vorzukommen und war positiv überrascht, dass sie für ihre Kandidatur diesmal überhaupt ein Foto abgeben sollte.

Auch die 14 Repräsentanten im House werden gewählt: Bislang waren es 7 Demokraten, 6 Republikaner und der einzige Libertarian im ganzen House. Letzterer hat seinen Sitz wohl verloren, so dass es jetzt jeweils 7 Abgeordnete der beiden großen Parteien sind.

In Michigan kann sowohl per Briefwahl als auch in Person (drop box im Rathaus) vor dem Wahltag gewählt werden. Die drop boxen werden stark frequentiert und bereits am Montag kann man lange Schlangen vor dem Verwaltungsgebäude sehen, wo die Menschen ihre Unterlagen gegen Empfangsbestätigung abgeben können.

Briefwahl gab es in Michigan schon länger, allerdings braucht man erst seit 2018 keine Gründe mehr angeben, um die Unterlagen zu beantragen. Die Briefe werden bereits am Vortag, also am Montag bearbeitet, indem die inneren Umschläge mit den Stimmzetteln von den äußeren Umschlägen mit den Personendaten getrennt werden. Mit dieser Gesetzesänderung soll sichergestellt werden, dass die Zählung am Wahltag rechtzeitig gelingt. Wie wir wissen hat es wegen der hohen Zahl der Briefwähler*innen trotzdem bis Donnerstag, also 2 Tage gedauert. In Florida standen die Wahlergebnisse schon am Wahltag inclusive der Briefwahlen fest, weil dort die Briefwahlstimmen selbst auch schon während des Wahltages eingescannt wurden. In Pennsylvania wiederum wurden die Umschläge erst nach Schließung der Wahllokale geöffnet, d.h. auch der Abgleich mit den Wähler*innenlisten wurde erst danach begonnen, was dazu führt, dass die Ergebnisse aus Pennsylvania als letztes feststehen.

Das hohe Interesse an der Wahl hat u.a. dazu geführt, dass es diesmal trotz Pandemie einfacher war, Wahlhelfer zu rekrutieren. Diesmal haben sich sofort viel mehr Freiwillige gemeldet.

Die Pandemie hat Michigan voll im Griff – die Infektionszahlen sind in den letzten Tagen stark gestiegen und liegen bei etwa 4.000 Neuinfektionen alle zwei Tage. Das dürfte nach meiner eigenen Berechnung einer Inzidenz von etwa 140 entsprechen.

Die meisten Restaurants sind noch geöffnet und achten auf Hygiene Maßnahmen und Abstand. Außerdem gibt es eine Sperrstunde um 22:00 Uhr.

Anfang Oktober hat der Supreme Court von Michigan mit einer republikanischen Mehrheit entschieden, dass die Gouverneurin den von der Legislative verhängte Notstand nicht über den 30. April hinaus hätte verlängern dürfen. Das Gericht war der Ansicht, dass dies eine unzulässige Entmachtung der Legislative gewesen sei und gegen die Verfassung verstoße. Damit haben die Corona Maßnahmen in Michigan angeblich keine rechtliche Grundlage mehr („the executive orders issued by the governor in response to the Covid-19 pandemic now lack any basis under Michigan law“). Es gibt eine Kampagne gegen die demokratische Gouverneurin Gretchen Whitmer, mit der ihre Absetzung gefordert wird (siehe Foto). Außerdem gab es mindestens 13 Festnahmen, weil bewaffnete Milizen die Entführung und Ermordung der Gouverneurin geplant hatten. Solche martialischen Milizen sind im überwiegend demokratischen und schwarzen Detroit nicht sichtbar, sollen aber mehr in der Region um die Hauptstadt Lansing aktiv sein.

Wahltag

Die Wahllokale öffnen um 07:00 und wir verteilen uns am Morgen zu Fuß mit zwei Teams in unterschiedliche Richtung. Meine Teampartnerin Carina Odebrink (schwedische Sozialdemokratin) und ich beginnen in einem kleinen Wahllokal in der Innenstadt. Es gibt eine kleine Schlange am Eingang – die Wartezeit ist aber nicht länger als eine halbe Stunde. Wir werden freundlich empfangen und können auch gleich zwei Konstellationen beobachten, die am Wahltag immer wieder vorkommen: dass jemand nicht auf der Liste steht oder dass jemand bereits Wahlunterlagen beantragt hatte. Im ersten Fall wird der Betroffenen das richtige Wahllokal benannt – im zweiten Fall wird mit der Briefwahlzentrale telefoniert, um sicherzustellen, dass noch kein Brief eingegangen ist und anschließend unterschreibt der/die Betroffene eine eidesstattliche Erklärung und wird in der Wähler*innenliste annulliert. Wenn jetzt noch ein Brief von der Person eingehen sollte, kann bei Prüfung sofort festgestellt werden, dass schon gewählt wurde. Anders als in Florida 2016 gibt es hier Papierlisten, so dass die Prüfung keine längere Zeit in Anspruch nimmt und transparent und zügig erfolgt. In beiden Fällen entsteht auch kein größerer Rückstau. Sogar auf das Wahlgeheimnis wird hier besser geachtet als sonst, indem die Boxen so aufgestellt werden, dass die Wähler*innen mit dem Rücken zur Wand stehen und niemand hinter ihnen lang gehen kann. Vorhänge gibt es in den USA nicht. In dieser Hinsicht ist das erste Wahllokal allerdings eher die Ausnahme als die Regel.

Dass sehen wir dann gleich in dem ärmsten Viertel von Detroit, das vor allem von Arabern, Pakistani u.a. Minderheiten bewohnt ist. Positiv ist, dass hier die Erläuterung in den entsprechenden Sprachen, u.a. arabisch an der Wand hängen – nur mit dem Wahlgeheimnis läuft es hier weniger gut, da viele Wähler*innen Hilfestellung benötigen, wobei dann der Wahlzettel offen gehandhabt wird. Man muss allerdings auch dazu sagen, dass Wahlzettel in den USA lang und unübersichtlich sind, da neben dem Präsidenten und dem Kongress auch etliche lokale Autoritäten,

Staatsanwältinnen und Staatsanwälte und Richter*innen gewählt werden. Was mich als Rechtspolitikerin immer wieder befremdet ist, dass auch hinter den Richter kandidat*innen vermerkt ist, ob sie Demokraten oder Republikaner sind. Auch 3 – 4 inhaltliche Referenden zu lokalen Themen befinden sich auf dem Wahlzettel.

Für die weitere Beobachtung fahren wir ca. 1 Stunde westwärts Richtung Lansing und besuchen Wahllokale in der Umgebung von Brighton, wo eher die weiße Mittelschicht lebt. Hier gibt es gelegentlich Wahlwerbung, die aber stets den geltenden Abstand von 100 feet zum Wahllokal einhält. Wähler*innen, die Waffen tragen, sehen wir nicht.

Auffallend ist, dass von den beiden verantwortlichen Vorstehern stets eine Person sehr freundlich und eine eher reserviert auf unsere Vorstellung als „international observer“ reagiert. (Die Vorsteher sind auch jeweils von beiden Parteien benannt.) Das geht teilweise soweit, dass unser freundliches Gespräch mit der einen Seite von der anderen versucht wird, zu unterbrechen oder abzukürzen. Probleme beim Zugang haben wir dennoch nicht ein einziges Mal. (anders als bei der Wahlbeobachtung in Florida 2016)

Vor der Schließung der Wahllokale fahren wir wieder zurück nach Detroit. Eigentlich wollen wir die Schließung in einem größeren Wahllokal beobachten. Wir landen aber versehentlich in der zentralen Sammelstelle für „Problemfälle“, in der ausschließlich per Brief gewählt wird und daher keine Scanner vorhanden sind. Es handelt sich um eine leere Betonhalle im Stil einer Tiefgarage in einem sehr armen Problemviertel von Detroit. Optisch ist der Wahlraum in der Garage kaum von einem Wahllokal zu unterscheiden, da die Menschen die Stimmzettel in den gleichen Kabinen ausfüllen, wie in einem Wahllokal. Anschließend kommen sie allerdings nicht in den Scanner, sondern in Briefumschläge und werden dann zu den Zählzentren transportiert, in denen sie in den nächsten 2 Tage gezählt, d.h. in das System eingescannt werden. In der vorderen Halle sitzen etwa 20 Wahlhelfer vor den Computern und sind ausschließlich mit der Prüfung von Wähler*innenlisten und Personendaten beschäftigt. Hier dürften auch die Anrufe aus den Wahllokalen eingegangen sein, wenn jemand trotz Beantragung von Briefwahl persönlich gewählt hat.

Bis 20:00 Uhr kommen immer noch Menschen, deren Probleme auch nach Schließung der Türen bearbeitet werden, so dass sie ihre Stimme noch abgeben können. Ein public viewing fällt für uns am Abend pandemiebedingt aus. Nach der Sperrstunde um 22:00 verfolgen wir daher die Zahlen bei CNN in unseren jeweiligen Hotelzimmern.

So sehr mich am Abend noch das Wahlergebnis in Florida enttäuscht, so begeistert bin ich, dass dort ausgerechnet meine ehemalige Heimatstadt Jacksonville zum ersten Mal seit 44 Jahren mehrheitlich für den demokratischen Kandidaten gewählt hat. Auf Nachfragen erfahre ich, dass der Erfolg darauf zurückgeführt wird, dass es diesmal gelungen sei, die schwarze Bevölkerung zu mobilisieren. Black lives matter dürfte also durchaus entscheidenden Anteil am Ausgang der Wahl gehabt haben. Dasselbe dürfte auch die Erklärung für den völlig unwahrscheinlichen Erfolg von Biden in Georgia gewesen sein.